

**Auszug aus der Niederschrift des 23. Finanz-, Wirtschafts- und
Tourismusausschusses der Gemeinde Am Mellensee**

Zu 07. Präzisierung des Antrags auf BSV – Befreiung von der Hundesteuer bei Tieren aus dem Tierheim

Der Vorsitzende wiederholt worum es in der BSV geht. Es sollen Hunde aus dem Tierheim von der Hundesteuer befreit werden, um die überfüllten Tierheime zu entlasten und eventuell Bürger zu dem Gedanken anzuregen ein Tier aus dem Tierheim zu adoptieren, anstatt von einem Züchter.

Ein Mitglied der Fraktion BVB Freie Wähler – 3punkt0 - gemeinsam für Am Mellensee hätte sich in der BSV ein Aufzeigen der angesprochenen Kapazitätsgrenzen gewünscht. Das Mitglied hat die 3 Tierheime in der näheren Umgebung angerufen, wovon eines bestätigen konnte an der deren Kapazitätsgrenze zu sein, die anderen 2 jedoch nicht. Ebenfalls wurde in Berlin in einem Tierheim angerufen, wo die Steuerbefreiung bereits stattfindet. Sozial schwächere Familien bekommen bereits einen Zuschuss für den Hund. Es wird ebenfalls von Seiten Berlins eine Befristung der Befreiung empfohlen. Die Fraktion ist für die Beschlussvorlage und schlägt eine Befristung von 3 Jahren vor, für Kampfhunde müsse man diskutieren und diese eventuell nur zu 50% von der Steuer befreien.

Der Vorsitzende fragt zunächst die Verwaltung nach einer kurzen Stellungnahme. Die Kämmerin gibt zu bedenken, ob sich der Finanzausschuss diese Steuerbefreiung leisten kann. Weiterhin gibt sie zu bedenken, dass aktuell jährlich 35.700€ durch die Hundesteuer eingenommen werden.

Der Vorsitzende spricht die Option an sich vorerst nur auf kommunale Tierheime aus der Umgebung bzw. auf den Landkreis Teltow-Fläming zu begrenzen, bevor man sich eventuell auf Berlin-Brandenburg ausweitet.

Ein Mitglied der Fraktion CDU ist ebenfalls der Meinung die Befreiung zu befristen und zwar auf höchstens 2 Jahre. Aus finanzieller Sicht sieht er ebenfalls eine Erhöhung der Steuer um wenige Euro als gerechtfertigt.

Ein sachkundiger Einwohner der Fraktion SPD steht der BSV kritisch gegenüber und spricht an, dass in der letzten Sitzung darüber gesprochen wurde, dass der Haushalt für das Jahr 2023 gerade so ausgeglichen werden konnte und die fehlenden Einnahmen zu einem massiven Problem führen könnten.

Ein sachkundiger Einwohner der Fraktion DIE LINKE stimmt dem vorher gesagten zu und ergänzt, dass diverse andere Kosten bei der Anschaffung eines Hundes ebenfalls bedacht werden müssen und sich Hundebesitzer sowieso einen Hund aussuchen, der zu ihnen passt. Deshalb denkt er nicht, dass eine Steuerbefreiung die Entscheidung stark beeinflussen wird und man nur den eigenen Haushalt beschneiden würde.

Der Bürgermeister spricht außerdem die diversen Maßnahmen an, in denen darüber gesprochen wurde, dass die Gemeinde Kosten übernehmen sollte. Seines Erachtens wird es zu Erhöhungen kommen müssen, man solle nun bereits darüber nachdenken wo es dem Bürger am wenigsten schmerzt.

Der Vorsitzende fragt erneut das Mitglied der Fraktion BVB Freie Wähler – 3punkt0 - gemeinsam für Am Mellensee zu wie vielen Tierheimen der Kontakt gesucht wurde.

Besagtes Mitglied wiederholt, dass es insgesamt 4 Tierheime waren, 3 aus der näheren Umgebung und eins aus Berlin. Von dort stammt auch die wichtigste Aussage: Leute gehen nicht in das Tierheim aufgrund der Steuerbefreiung. Sie gehen dorthin um ein Tier zu adoptieren und bekommen oft die Steuerbefreiung erst nach der Genehmigung mit. In Berlin entspricht somit die Begründung (Steuerbefreiung führt zu mehr Adoptionen aus Tierheimen) nicht der Realität. Somit sieht nun die Fraktion BVB Freie Wähler – 3punkt0 - gemeinsam für Am Mellensee ebenfalls, dass der Mehraufwand für die Verwaltung überwiegt und schlägt eine Vertagung des Beschlusses auf das Jahresende vor.

Ein Mitglied der Fraktion CDU ist gegen die Vertagung und möchte den Antrag ablehnen und mit den genannten Begründungen in die Gemeindevertreterversammlung zurückgeben.

Der Vorsitzende schließt den Punkt und bittet um eine Abstimmung, ob es zu einer Empfehlung seitens des Finanz-, Wirtschafts- und Tourismusausschusses für die Gemeindevertreterversammlung zu diesem Punkt kommen soll.

Abstimmungsverhältnis:

0 Ja-Stimmen

4 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

abgelehnt

Zu 08. Diskussion zur Überarbeitung des Leitkonzeptes - Schaffung Hundebadestelle Klausdorf und Aufstellung Hundekotmülleimer (1:28:44)

Der Vorsitzende übergibt das Wort an den Antragsteller der CDU.

Dieser unterteilt den Antrag in 3 Teile: 1. Schaffung von Hundekoteimern im Gemeindegebiet, 2. Schaffung eines Hundebadestrandes und 3. Schaffung von Hundeauslauflächen.

Die Satzung schreibt eine Leinenpflicht innerhalb der geschlossenen Gemeinde und im Forst vor. Es soll also Hunden und deren Besitzern die Möglichkeit zum Auslauf geschaffen werden. Ebenfalls haben Leute bei der Strandbadpächterin angefragt, ob ihr Hund irgendwo in der Nähe baden gehen könnte.

Der Antragsteller hat mit der Strandbadpächterin über die Möglichkeiten gesprochen. Der Hundebadestrand soll abgezaunt werden und mindestens 30 Meter von der eigentlichen Badestelle entfernt sein. Weiterhin würden für die Gemeinde nur wenige Kosten aufkommen, da die Pächterin selbst dafür aufkommen würde.

Die Hundekoteimer empfindet der Antragsteller als Notwendigkeit, da es immer mehr Hundebesitzer in der Gemeinde gibt und man diesen Papiertüten und Mülleimer für das Geschäft des Hundes zur Verfügung stellen sollte. Zum Kostenvergleich wird die Gemeinde Großbeeren herangezogen. Dort wurden Mülleimer für ca. 230€ aufgestellt und mit einer 5.000er Packung Tüten für 8,50€. Generell ist er dafür mehr Mülleimer in der Gemeinde aufzustellen.

Ebenfalls ist er der Meinung, dass eine Gemeinde, die Hundesteuern einnimmt und die Leinenpflicht durchsetzt, Hundehalter die Möglichkeit für Auslaufstellen bieten sollte.

Ein sachkundiger Einwohner der Fraktion DIE LINKE ist der Meinung, dass dieser Beschluss hätte in 3 geteilt werden müssen, um besser darüber abstimmen zu können. Dem Vorschlag bezüglich einer Hundebadestelle steht er kritisch gegenüber, da es auf Landesebene geregelt ist, dass Hunde nicht mit an entsprechend gekennzeichneten Badestellen mitgeführt werden dürfen und das Prinzip Hundebadestellen nicht passt. Wenn die Strandbadpächterin etwas derartiges auf die Beine stellen möchte, muss sie einen Antrag stellen und versuchen diesen durchzubekommen.

Zum Thema Hundekotmülleimern spricht er von seinen Erfahrungen aus Teltow, dass Leute die Tüten für alles Mögliche benutzen und generell sehr verschwenderisch mit diesen umgehen. Für den Vorschlag des generellen Aufstellens von mehr Mülleimern spricht er sich aus, nicht jedoch für die Hundekottüten.

Hundeauslaufstellen innerhalb der Gemeinde sind ein finanzieller Aufwand und die Leinenpflicht müsste entfallen, was aus seiner Sicht wahrscheinlich eher unerwünscht ist.

Der Vorsitzende findet die Idee des Hundebadestrandes gut, da er sich selbst die Örtlichkeit angesehen hat und diese als prädestiniert empfunden hat. Außerdem könnte die Gemeinde Am Mellensee endgültig sagen, sie habe einen Hundebadestrand, wodurch das „Wildbaden“ abnehmen würde. Da sich die Pächterin des Strandbads dem Ganzen annehmen würde, spricht er sich stark für diesen Punkt aus.

Bei den Themen Hundekotbeutel und Hundeauslaufstellen muss über die Kosten diskutiert werden. Daher bittet der Vorsitzende den Antragsteller darum, den Antrag in 3 einzelne Anträge aufzuteilen, um besser über die Themen reden zu können.

Der Antragsteller nimmt das Feedback gern entgegen und ändert den Antrag entsprechend.